



seit 1558

Friedrich-Schiller-Universität Jena



## Presseerklärung

### Studentenrat

Vorstand Fürstengraben 1  
D-07743 Jena

Thomas Bartel Telefon: 0 36 41 - 93 09 90

Bastian Ebert Telefax: 0 36 41 - 93 09 92

Jonas Urbach E-Mail: [vorstand@stura.uni-jena.de](mailto:vorstand@stura.uni-jena.de)

Jena, den 26.01.2005

## Kein Selbstlauf bei Studiengebühren, Demokratieabbau an Hochschulen stoppen!

*StuRa der FSU Jena bestürzt über Urteil des Verfassungsgerichtes, dass Studiengebührenverbot im Hochschulrahmengesetz aufzuheben*

Nachdem das Bundesverfassungsgericht heute einstimmig entschieden hatte, dass Studiengebührenverbot aufzuheben, zeigte sich Thomas Bartel vom Vorstand des Studentenrates überzeugt: „In nächster Zeit werden allgemeine Studiengebühren bundesweit KomilitonInnen zur Exmatrikulation zwingen oder von einem Studium abbringen. Auch wenn der Anschein erweckt wird – es gibt keine sozial verträglichen Studiengebühren. Gebühren für Bildung sind Reproduktion sozialer Eliten. Das Urteil muß ein politischer Weckruf an die Studierenden in Deutschland sein!“

Nachfolgend wies der angehende Politikwissenschaftler darauf hin, dass auch Gebühren für Kindergärten keine selbstverständliche Notwendigkeit seien, sondern wie Studiengebühren auch „Zeichen verfehlter politischer Prioritäten“. Er erinnerte den Ministerpräsidenten Dieter Althaus an dessen Zusage, bis 2009 allgemeine Studiengebühren in Thüringen nicht zuzulassen und forderte die Landesregierung auf, sich nicht angeblichen Sachzwängen zu beugen, sondern sich auch in der KMK gegen Studiengebühren auszusprechen.“

Der hochschulpolitische Referent des StuRa, Mike Niederstraßer, ergänzt: „Jetzt müssen die Studierenden den politischen Druck erzeugen, der einen Automatismus

bei Studiengebühren verhindert. Der Protest muß dorthin getragen werden, wo über Studiengebühren und Bildungsabbau entschieden wird.“ Anschließend kündigte er an, dass man sich den bundesweitem Protesten im kommenden Semester anschließen werde, die das Grundrecht Bildung gegen den Vorbehalt der Zahlungsfähigkeit gewahrt sehen wollen. Es sei absehbar, dass hierbei auch neue Protestformen notwendig seien.

Im Zusammenhang erinnerte er an die Resolution der Studentenschaft der FSU auf der Vollversammlung vom 13.12.04, nach welcher „Studiengebühren [...] aus gesellschafts-, sozial- und bildungspolitischen Gründen abzulehnen“ sind. Schon heute sei ein Studium, wie fälschlicherweise gern behauptet, nicht kostenlos, sondern eine erhebliche finanzielle Belastung für Familien. Sie sind aber ein überragender Gewinn für die Gesellschaft, die sich aber nur zu 51% auch an den Kosten beteiligen wolle. Eine Quote, die im OECD-Ländervergleich beschämt, aber nun anscheinend noch abgeschmolzen werden solle.

Neben der Studiengebührenentscheidung hatte Karlsruhe auch das Gebot zur Einführung der Verfassten Studierendenschaft im HRG für nichtig erklärt. Es steht nun zu befürchten, daß nach Hessen, Baden-Württemberg und Bayern weitere Bundesländer sich zum Demokratieabbau und zur Bekämpfung studentischer Interessensvertretungen entschließen. Unter dem Vorwand der Hochschulautonomie werde hierarchische Strukturen von Unternehmen nachgebildet und Studierende als ungeliebte Opposition ausgeschaltet. Nach Ansicht des StuRa der FSU solle so die Abhängigkeit von Studierenden von ihren Hochschulen gestärkt, ihre Mündigkeit und das Recht auf Selbstbestimmung aber ausgehöhlt werden.

*Für Nachfragen steht Ihnen gern das Referat Hochschulpolitik des StuRa unter 03641/930990 gern zur Verfügung.*